

AfD Sachsen: Erbschaftssteuer abschaffen statt Ausnahmen verhandeln

Dresden, 2. Juni 2016

Die AfD Sachsen hat die schwarzrote Bundesregierung aufgefordert, die Erbschaftssteuer nicht weiter zu verhandeln, sondern ihre eigene Forderung bekräftigt, sie abzuschaffen. „Es kann nicht sein, dass wir Bürger etwas versteuern sollen, was bereits mindestens einmal versteuert worden ist“, ärgert sich Generalsekretär Uwe Wurlitzer. „Es ist sehr beschämend, jetzt im Schnelldurchlauf dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu entsprechen und dabei ein weiteres Mal die Zerstrittenheit der Koalition öffentlich gezeigt zu bekommen. Dass sich der Koalitionsausschuss in dieser Frage nicht einigte, ist bezeichnend.“

Stattdessen verwies Wurlitzer auf die AfD-Position, Kapitalerträge höher zu besteuern. „Dieselbe SPD, die jetzt um die Erbschaftssteuer feilscht, hat seit Gerhard Schröder u.a. folgende ‚Geschenke‘ gemacht:

- die Kürzung der Körperschaftssteuer
- der Erlass der Besteuerung der Gewinne bei Verkauf von Unternehmensteilen
- die Senkung des Spitzensteuersatzes auf 42%
- die Amnestie für Steuersünder und
- die Korrektur des Halbeinkünfteverfahrens zugunsten der Versicherungswirtschaft.

Insofern ist klar, dass die eigentliche steuerlichen Stellschrauben hier anzusetzen sind – und nicht bei der Erbschaftssteuer.“

Für Rückfragen:

Dr. Thomas Hartung
stellv. Landesvorsitzender/Kommunikation
0163/4013084
thomas.hartung@afdsachsen.de

Der AfD-Landesverband Sachsen wurde am 28.04. 2013 gegründet und hat derzeit über 1200 Mitglieder. Landesvorsitzende ist die Leipziger Unternehmerin Dr. Frauke Petry (40). Die AfD fordert eine Neuordnung des Asyl- und Migrationsrechts mit sofortigem Stopp der unkontrollierten Einwanderung. Sie verlangt die geordnete Auflösung des Euro-Währungsgebiets mit einer Wiedereinführung nationaler Währungen bzw. kleinerer, stabilerer Währungsverbände, mehr direkte Demokratie, einheitliche Bildungsstandards sowie ein bezahlbares Energiekonzept. Außerdem tritt sie für neue Konzepte in der aktiven und passiven Steuerpolitik sowie der Altersvorsorge ein.